

(Minister Franz-Josef Kniola)

(A) es abschließend bewerten, wenn die Abstimmung erfolgt ist.

Meine Damen und Herren, nun komme ich noch einmal zum Haushalt. Sie haben auf meinen Einwand hin gesagt, der Städte- und Gemeindebund habe in diesem Fall unkorrekte Zahlen vorgelegt. Ich darf Ihnen zusichern, daß wir Ihnen - Sie haben ja als Ausschuß eine Anhörung geplant - vor dieser Anhörung die uns zugänglichen Zahlen des Ausländerzentralregisters zuleiten werden, damit Sie sehen, wie gravierend unterschiedlich die Zahlen sind. Diejenigen, die ein Aufenthaltsrecht oder eigentlich ein Nichtaufenthaltsrecht im Rechtsstatus des abgelehnten Asylbewerbers haben und deshalb finanzielle Kosten bei den Gemeinden verursachen, sind deutlich weniger, dramatisch weniger, als der Städte- und Gemeindebund sagt. Und diejenigen, die nach anderen Bestimmungen des Ausländergesetzes Aufenthaltsrechte haben, machen den deutlich größeren Anteil aus. Insofern müssen wir die Zahlen deutlich korrigieren, die der Städte- und Gemeindebund bisher vorgelegt hat. Die Zahlen werden Sie von uns bekommen.

(B) Der nächste Punkt ist für mich ein wichtiger Punkt. Sie haben völlig zu Recht gesagt, daß der Verfassungsgerichtshof in seinem Urteil gesagt hat, die Gemeinden könnten sich mit ihren Ansprüchen nicht unmittelbar an den Bund wenden, sondern nur an das Land. Aber Sie haben vergessen, einen zweiten Satz politisch hinzuzufügen. Das Land kann ja auch selber nicht über die Höhe seiner Einnahmen bestimmen, sondern ist letztlich von den steuerlichen Gesetzgebung des Bundes abhängig und kann seine Ansprüche insofern auch nur beim Bund geltend machen.

Das ist natürlich dann eine weitergehende Kette. Das muß man dann fairerweise sagen. Deswegen machen Sie einen schweren Fehler. Sie verweisen immer auf das FKP, das Föderale Konsolidierungsprogramm. Ich habe mir die Datenlage exakt angesehen. Sie als CDU haben hier im Landtag gemeinsam mit den übrigen Fraktionen deutlich nach dem FKP einen Beschluß mitgefaßt,

(Reinhold Trinius [SPD]: Häfftig!)

indem Sie den Bund auffordern, sich häfftig an diesen Kosten zu beteiligen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Datenlage ist ganz eindeutig. Ich darf Ihnen hier und heute ganz klar und deutlich versichern:

Wenn dieses Geld hier vom Bund für die Abrechnung für die vergangenen Jahre kommt, werden wir das sehr gerne als Landesregierung an die Gemeinden weiterleiten. Wir zögern da keine Minute.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung: Ich lasse über den Einzelplan 03 entsprechend der Beschlußempfehlung Drucksache 12/2603 abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist dies mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU so beschlossen.

Ich rufe auf:

Einzelplan 04: Justizministerium

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/2604, eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion Frau Kollegin Opladen das Wort.

Maria Theresia Opladen (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der jüngsten Zeit hat es einige spektakuläre Ereignisse gegeben, durch die die Justiz und ihre Arbeit aus dem Schattendasein, das sie normalerweise führen, ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt worden sind. Es waren leider keine erfreulichen Ereignisse. Ich nenne als Beispiel die Entlassung von drei dringend der Tat verdächtigen oder sogar geständigen Mördern und Totschlägern aus der Untersuchungshaft in Münster wegen Überschreitung der gesetzlich zulässigen Untersuchungshaftdauer. Die Öffentlichkeit reagierte völlig zu Recht empört, und sie hat auch kein Verständnis dafür, wenn man jetzt in der Zeitung lesen kann, daß für Februar 1998 die Hauptverhandlung anberaumt worden ist und ein Justizsprecher erklärt: Wir können nur hoffen, daß sie sich dem Prozeß stellen. Durch diese unglaublichen Vorkommnisse in Münster ist das Ansehen

(Maria Theresia Opladen [CDU])

- (A) des Rechtsstaates in höchster Weise in Frage gestellt.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb, Herr Minister, reicht es natürlich nicht aus, daß Sie organisatorische Veränderungen anordnen, die sicherlich sinnvoll sind, sondern Sie müssen als Minister, der für die Justiz in diesem Land Verantwortung trägt, auch nach grundlegenden Ursachen suchen. Und dann drängt sich allerdings die Frage auf, ob nicht die übergroße Arbeitsbelastung der Gerichte auch - ich sage ausdrücklich "auch" - eine Ursache für solches Versagen ist.

Als weiteres spektakuläres Ereignis nenne ich die Situation der Abschiebehaftanstalt in Neuss - die genauen Ereignisse kennen wir noch nicht - wo sich weibliche Häftlinge möglicherweise mit offener Tuberkulose angesteckt haben. Tatsache ist, daß die Abschiebehaften übertoll sind. Ich hörte gerade, daß Hafttitel nicht mehr vollstreckt werden können, daß Prostituierte aus der Haft entlassen oder gar nicht eingebracht werden können, weil die Abschiebehaftanstalten voll sind, wie sich überhaupt der Strafvollzug in Nordrhein-Westfalen in einer schwierigen Situation befindet.

- (B) Nur einige Beispiele aus der jüngsten Zeit: Ich stelle damit fest, daß die Situation der Rechtspflege insgesamt in Nordrhein-Westfalen als kritisch einzustufen ist, aber ich will abweichend von dem sonst in Haushaltsberatungen geübten Ritual nicht Vorwürfe an Sie, Herr Justizminister, richten, sondern ich will auf sich meiner Meinung nach anbahnende kritische Entwicklungen aufmerksam machen, die für Sie ---

(Roland Appel [GRÜNE] spricht mit Minister Dr. Fritz Behrens.)

- Herr Appel, darf ich mal gerade stören. Ich wollte dem Herrn Minister einen Rat geben.

(Roland Appel [GRÜNE]: Den wird der sicher annehmen!)

- Das weiß ich nicht. Wenn Sie vielleicht einmal einen Moment aus dem Weg gehen würden!

(Heiterkeit des Roland Appel [GRÜNE])

Ich will auf kritische Entwicklungen aufmerksam machen, die für Sie und die Landesregierung letztlich Anlaß sein müßten, einmal darüber nachzudenken, ob nicht die Schwerpunkte im Landeshaushalt grundsätzlich zugunsten des von ihnen zu vertretenden Einzelplanes 04 verändert werden

müßten. Denn die Justiz bekommt neue Aufgaben übergestülpt. Nicht alle sind vom Land zu vertreten - das ist klar -, sondern auch vom Bund, wie die neue Insolvenzrechtsreform, die sie zu bewältigen haben wird. Sie steht vor steigenden Fallzahlen, die sich aus steigender Kriminalität ergeben. Sie steht vor steigenden Fallzahlen im Bereich der Zivilsachen, ausgelöst durch zunehmende Mündigkeit der Bürger - ich sage es bewußt positiv -, die sich ihrer Rechte bewußt sind und diese auch durchsetzen wollen. Das gleiche gilt im Bereich der Verwaltungsgerichtsbarkeit, die zudem noch belastet ist mit einer hohen Zahl von Asylverfahren im Bereich der Strafverfolgung. Die Justiz steht auch vor hoffnungslos überfüllten Gefängnissen, eine ja wohl unstrittige Tatsache, mit zunehmend schwieriger Klientel und überfüllten Abschiebehaftanstalten.

Der von Ihnen vorgelegte Haushalt läßt die Fragen nach der Lösung dieser Probleme unbeantwortet. Ich meine deshalb nochmals, daß eine grundsätzliche Überprüfung der Wertigkeit der Rechtspolitik im Landeshaushalt von Nordrhein-Westfalen nötig ist. Ich glaube, daß ein Hin- und Herschieben im eigenen Haushalt nicht mehr ausreichend ist, um die Probleme zu lösen.

Ich habe Ihnen vor zwei Jahren von dieser Stelle aus - da waren Sie gerade ein halbes Jahr im Amt - gewünscht, daß es Ihnen gelingt, Mitstreiter im Kabinett für die Belange der Justiz zu finden. Und ich wiederhole diesen Wunsch an dieser Stelle noch einmal, denn auf Dauer werden wir uns die Frage stellen müssen, was wir uns die Rechtsgewährung in diesem Land für unsere Bürger kosten lassen.

Lassen Sie mich zu einem konkreten Bereich kommen, dem Kernbereich der Rechtspolitik, dem Strafvollzug. Sie selber, Herr Minister, räumen immer wieder ein, daß er sich in einer schwierigen Lage befindet. Derzeit sind über 18 000 Gefangene untergebracht, und wir müssen davon ausgehen, daß die Belegungszahlen steigen. Neben diesem starken Belegungsdruck müssen wir feststellen, daß das Klientel immer schwieriger wird: Die Freiheitsstrafen, die abzusitzen sind, sind langfristig und wegen schwerwiegender Delikte ausgeurteilt. Dadurch sitzen im Vollzug zunehmend gefährliche Straftäter insbesondere auch aus dem Bereich der Organisierten Kriminalität. Hinzu kommt der Anteil der ausländischen Strafgefangenen. Mit dieser Entwicklung hat auf der anderen Seite die Ausstattung der Justizvollzugsanstalten insbesondere mit Per-

(C)

(D)

(Maria Theresia Opladen [CDU])

(A) sonal in keiner Weise Schritt gehalten. Das ist alles bekannt. Die Zellen sind überbelegt. Sie haben dies ja letzts anlässlich der Ausstellungseröffnung "Sieben Quadratmeter Leben" in Düsseldorf beklagt. Und die Bedingungen in den Justizvollzugsanstalten für die Gefangenen sind so, wie es ja nun gerade die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht verantworten kann. Resozialisierung ist meines Erachtens zunehmend schwieriger, wenn nicht fast unmöglich.

Und eines ist, auch wenn sicherlich gleich einige von Ihnen lebhaft widersprechen werden, für mich deutlich: daß diese Lage des Vollzugs Signal - nicht mehr, aber Signal - für Staatsanwaltschaft und Gerichte ist, bei der Verhängung von Freiheitsstrafen Zurückhaltung zu üben.

Sie haben uns im Rechtsausschuß vorgeworfen, damit Richter zu beleidigen; aber das Gegenteil ist der Fall. Ich halte es für verantwortliches Tun, bei der Ausurteilung einer Freiheitsstrafe auch die Situation in der Haftanstalt zu bedenken, in die ich den Gefangenen schicken werde. Aber die Verantwortung liegt nicht bei den Richtern, sie liegt beim Justizminister dieses Landes, der für den Justizvollzug zuständig ist. Und es liegt natürlich nicht im Belieben eines Ministers - aber erst recht nicht im Belieben einer rot-grünen Koalition -, Strafvollzug zu gewährleisten oder nicht. Es geht darum, den Gesetzesauftrag, den Strafvollzug sicherzustellen, zu erfüllen. Und da reicht es einfach nicht aus zu sagen "Ja, wir tun im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten unser Bestes", sondern es muß schlicht das getan werden, was erforderlich ist. Deshalb hätten wir uns gewünscht, ein Konzept zu sehen, wie der Strafvollzug in den nächsten Jahren aussehen soll. Dieser Antrag wurde allerdings - wie alle unsere Anträge - abgelehnt und durch einen abgeschriebenen, aber in einem wesentlichen Teil natürlich veränderten Antrag der Koalition ersetzt.

(B) So suchen Sie ja - die Koalition gemeinsam mit der Landesregierung - nach neuen Strafformen unterhalb der Freiheitsstrafe. Es ist natürlich auch für uns klar, daß die eine oder andere Überlegung zur Vermeidung von Freiheitsstrafe sinnvoll ist. Sicherlich muß die Ersatzfreiheitsstrafe für die Nichtzahlung einer Geldstrafe nicht abgesessen werden. Auch bei kurzen Strafen kann man nach anderen Formen suchen. Da gibt es ja auch Übereinstimmung.

Aber da liegt nicht das Problem, sondern das Problem liegt darin - und daran wird sich auch in Zu-

kunft nichts ändern -, daß in den Justizvollzugsanstalten Menschen sitzen, die in höchstem Maße eine Gefährdung für die Gesellschaft darstellen. Und dies gilt um so mehr, als ja ohnehin nur noch ein geringer Teil der Freiheitsstrafen wirklich vollstreckt wird und man schon eine ganze Menge auf dem Kerbholz haben muß, um wirklich in den Strafvollzug gehen zu müssen. Hier hilft mit Sicherheit die elektronische Fußfessel - diskutiert im Bundesrat - oder aber die Strafe unter Vorbehalt in keiner Weise.

Ich sage ganz deutlich: Im Gegenteil, solche Maßnahmen stehen einer Kapitulation des Rechtsstaates vor dem Verbrechen gleich. Und ich finde es schlimm, daß Sie - die Landesregierung oder die Koalition - die Lösung der Probleme des Strafvollzugs zunehmend in der Vermeidung der Haftstrafe suchen. Dieses Signal weist in die völlig falsche Richtung.

(Beifall bei der CDU)

Aber mich wundert es natürlich nicht, daß solche Überlegungen angestellt werden in einer Koalition, in der die GRÜNEN maßgeblich die Rechtspolitik beeinflussen. Ich habe in der letzten Ausgabe von "Landtag intern" gelesen, daß Frau Bainski unter anderem ausgeführt hat, Ziel jeglicher Sanktion sollte weiterhin nicht der Grundsatz der Rache sein. Liebe Frau Bainski, im aufgeklärten Rechtsstaat des 20. Jahrhunderts ist nicht der Gedanke der Rache die treibende Kraft, Menschen in Strafhafte zu nehmen, sondern - das lernt man also relativ früh, wenn man Jura studiert - der Gedanke der Prävention, der Ihnen doch so unwahrscheinlich lieb ist.

(Beifall bei der CDU)

Zum einen geht es um die Spezialprävention, das heißt um die Vorstellung, den einzelnen abhalten zu können. Und es geht natürlich auch um die Generalprävention.

Wir hätten uns gewünscht, daß sich angesichts der dramatischen Lage im Strafvollzug und angesichts der allgemeinen Kriminalitätsentwicklung, die sicherlich nicht den kurz- und mittelfristigen Rückgang der Straftäter indiziert, die Koalition bereitgefunden hätte, uns zuzustimmen und den Minister aufzufordern, eine Sachstandsanalyse mit einem grundlegenden Konzept vorzulegen. Das hätte natürlich haushaltsrelevante Auswirkungen gehabt, deswegen ist es meines Erachtens auch nicht dazu gekommen. Das, was Sie vorgelegt haben und was dann vom Rechtsaus-

(C)

(D)

(Maria Theresia Opladen [CDU])

- (A) schuß auch beschlossen worden ist, ist für das, was wir wollten, ein Begräbnis erster Klasse. Aber spätestens, wenn die Verschärfungen im Sexualstrafrecht irgendwann Platz greifen, dann werden Sie feststellen, daß ein Konzept für den Strafvollzug nötiger denn je ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe noch einige andere Punkte anzusprechen, deswegen muß ich ein bißchen kürzen. Ich möchte nur an dieser Stelle etwas für mich Wichtiges sagen. Die CDU-Fraktion würde gerne konstruktiv im Rechtsausschuß - der ja, wie viele andere Ausschüsse ein Fachausschuß ist - an der Lösung von Problemen mitarbeiten. Nur hatten wir in der letzten Zeit den Eindruck, daß dies von den Koalitionsfraktionen nicht ernsthaft gewünscht wird. Unsere Anträge und unsere Argumente werden mit der üblichen Arroganz der Macht - ohne ernsthafte Befassung mit den Argumenten - abgebugelt. Also ist vielleicht verständlich, daß wir dann keine große Lust mehr haben; aber wir bieten noch einmal diese Mitarbeit ausdrücklich an, denn die Situation ist viel zu ernst, als daß man sich verweigern könnte. Und das wollen wir auf keinen Fall tun.

- (B) Lassen Sie mich noch kurz auf zwei kritische Entwicklungen kommen. Einmal geht es um die langen Verfahrensdauern in den Gerichtszweigen. Ich kann es im einzelnen nicht mehr ausführen. Umorganisation der Justiz ist nötig, und ich weiß, daß Sie, Herr Minister Behrens, dies ja auch zu Ihrem Steckenpferd erklärt haben und daß einiges geschehen ist. "Justiz 2003" heißt Ihr Konzept. Wir meinen, daß dies zu lange dauert. Bis 2003 ist das, was an Informationstechnik kommt, längst überholt. Wir meinen, es müßte schneller gehen. Alle Gerichtszweige der Justiz müssen in die Lage versetzt werden, alle technischen Möglichkeiten zu nutzen, die zur Beschleunigung von Verfahren beitragen. In der Wirtschaft und sogar in den Kommunen ist es längst der Fall, die sind Meilen voraus.

Eine kritische Entwicklung wird sich mit dem Inkrafttreten der Insolvenzrechtsreform ergeben. Ich möchte noch mal ganz klar sagen: Ich glaube nicht, daß Sie dafür personell ausreichend gerüstet sind. Dann wird der große Berg der Aufgaben kommen, und man wird sie nicht bewältigen. Ich mache mir da schon einige Sorgen.

Es tut mir leid, daß ich im Rahmen meiner Zeit nicht alles ausführen konnte, was ich wollte, aber lassen Sie mich zum Schluß noch etwas sagen,

was mir wichtig ist. Ich möchte sagen, daß ich froh bin, daß trotz aller Probleme die Justiz in unserem Lande immer noch hohes Ansehen genießt. Das verdankt sie den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, den Richtern und rechtspflegenden Strafvollzugsbediensteten - allen Bediensteten der Justiz, die motiviert für die Sache und für ihren Staat eigentlich mehr leisten, als man ihnen zumuten kann. Bei ihnen möchte ich mich im Namen der CDU-Fraktion bedanken. Sie werden auch die Modernisierungsbemühungen der Justiz konstruktiv mittragen. Jeder für sich wird an seinem Platz Hüter der Rechtsstaatlichkeit bleiben und damit dazu beitragen, daß das Vertrauen unserer Bürger in den Rechtsstaat dann letztlich doch nicht verlorengeht. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Das Wort hat nun für die SPD-Fraktion der Kollege Krumbein.

Robert Krumbein (SPD): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zumindest nimmt die CDU-Fraktion wieder an Haushaltsberatungen teil. Das ist das, was man positiv vermerken kann. Aber, Frau Kollegin Opladen, ich weiß nicht, ob Sie Ihrer Rolle als großer Fraktion hier im Hause gerecht werden, wenn Sie sich nur hier hinstellen und - teils zutreffend, teils vielleicht etwas überzeichnet - eine Situation beschreiben, die wir im Bereich der Justiz haben, aber nur darüber lamentieren, daß es so ist, und keinerlei positiven Ansatz bringen, überhaupt keinen Lösungsbeitrag einbringen. Der einzige Antrag, den die CDU-Fraktion im Rechtsausschuß gestellt hat, war ein Antrag, der von völlig verkehrten Voraussetzungen ausging, so daß ich schon fast annehmen muß, daß Sie den Haushalt bzw. den Einzelplan 04 überhaupt nicht gelesen haben. Da war die Rede - um damit gleich anzufangen - vom IT-Programm, für das angeblich nur 22 Millionen DM im Haushalt stünden, und es würde zwanzig Jahre dauern, bis wir dieses Programm abgewickelt hätten.

Frau Kollegin Opladen, meine Damen und Herren von der CDU, lesen Sie diesen Haushalt überhaupt nicht? Es stehen 134 Millionen DM Barmittel für modernste Technologie zur Ausstattung aller Justizbehörden und Gerichte im Haushalt und weitere 200 Millionen DM als Verpflichtungsermächtigung. Ich habe fast den Verdacht,

(Robert Krumbain [SPD])

- (A) Sie versuchen nur Vorurteile, die Sie hier schon vor zwei Jahren geäußert haben, es bestünde kein Interesse des Ministeriums oder der Regierungskoalition, das Museum Justiz ein bißchen auf Trab zu bringen, beizubehalten. Sie wollen Ihre Vorurteile nach wie vor pflegen und nehmen Realitäten nicht zur Kenntnis.

Justiz 2003 ist sicherlich für die nordrhein-westfälische Landesverwaltung ein bislang einzigartiges und ganz umfassendes Programm einer Modernisierung eines ganz großen Bereiches der Landesverwaltung, das im Zeitplan ist. Wir werden bis zum Jahr 2003 alle Ziele, die wir uns gesteckt haben, erreicht haben.

Ich möchte an dieser Stelle nur wenige Punkte des Regierungsentwurfes, weil es von der Zeit kaum möglich ist, alles darzustellen, ansprechen.

Frau Kollegin Opladen, Sie sprachen eben den Bereich der Sexualstraftäter an, wozu im Bundestag eine Änderung der strafrechtlichen Rahmen und teilweise auch der Tatbestände beschlossen worden ist. Wir haben uns hier im Landtag im Frühjahr über dieses Thema unterhalten können. Wir haben damals - leider ohne Ihre Zustimmung - ein umfangreiches Papier verabschiedet, das aus meiner Sicht in wesentlichen Punkten durch die Beschlüsse im Bundestag mittlerweile umgesetzt ist. Wir haben darüber hinaus aber auch die Hausaufgaben in Nordrhein-Westfalen gemacht, indem die Landesregierung - unserem Antrag folgend - 25 Stellen des höheren Dienstes, 50 Stellen des allgemeinen Vollzugsdienstes und weitere 2 Millionen DM als Barmittel zur Verfügung gestellt hat, um gerade, was therapeutische Maßnahmen bei diesen gefährlichen Tätern angeht, ein Stück weiterzukommen. Ich weiß nicht, ob Sie Kenntnis über Haushaltsberatungen anderer Bundesländer haben und ob Sie dort irgendeine ähnliche Vorsorge gefunden haben. Ich denke, Nordrhein-Westfalen ist hier allen anderen Bundesländern einen guten Schritt voraus.

- (B) Die Landesregierung hat wegen der Belastungssituation in der Justiz bereits in ihrem Regierungsentwurf die Stellen für Staatsanwälte von der Wiederbesetzungssperre ausgenommen. Wir haben darüber auch an einem der letzten Plenartage diskutieren können, als es um die Bankverfahren ging. Ich denke, auch in diesem Fall hat die Landesregierung sehr schnell reagiert und gezeigt, daß sie durchaus die Belastungssituation der Justiz anerkennt und entsprechend handelt. In der Ergänzungsvorlage gibt es eine weitere Reaktion

auf eine Organisationsuntersuchung. 8 zusätzliche Richterstellen gibt es bei den Finanzgerichten. Anlässlich des kürzlichen Besuchs des Rechtsausschusses beim Finanzgericht in Düsseldorf haben wir uns über die Belastungssituation berichten lassen und darüber, wie lang dort die Verfahren dauern.

Wir haben in der Beratung des Haushalts- und Finanzausschusses als Koalitionsfraktionen einen weiteren Antrag eingebracht und beschlossen, nach dem eine Aussetzung der Wiederbesetzungssperre für Richterstellen der ordentlichen Gerichte ab 1. Juli des kommenden Jahres vorgesehen ist. Wir gehen davon aus, daß dieser Beschluß gut 30 zusätzliche Richterstellen bringen wird. Wir wollten damit ein wenig auf die nun doch aller Voraussicht nach zum 1. Januar 1999 in Kraft tretende Insolvenzrechtsreform reagieren.

Frau Kollegin Opladen, Sie haben sehr umfangreich die Probleme im Vollzug angesprochen. Die machen uns auch Sorge. Darüber haben wir - an dieser Sitzung haben Sie leider, wenn ich mich recht erinnere, nicht teilgenommen - jüngst im Rechtsausschuß intensiv diskutiert. Wir haben einen eigenen Antrag dazu vorgelegt. Ich habe kein Verständnis dafür gehabt, daß die Kolleginnen und Kollegen Ihrer Fraktion unseren Antrag nicht mit beschließen konnten. Dieser Antrag fordert nämlich im Kern dasselbe. Wir müssen darangehen, für den Justizvollzug Entlastungsmöglichkeiten zu untersuchen. Wir müssen neue Wege finden. Es reicht aber nicht aus, einfach nur zu sagen, Justizminister, jetzt suche einmal oder mache uns einen Vorschlag, sondern uns ging es darum, auch eigene Ideen einzubringen. Ich denke, über alternative Sanktionen intensiver nachzudenken hat nichts damit zu tun, daß der Staat zurückweicht, sondern das hat damit zu tun, daß sich der Staat bemühen muß, intelligente Sanktionsformen zu finden. Zur Intelligenz gehört in gewissem Maße auch, soweit es Sicherheitsbedürfnisse zulassen, eine wirtschaftliche Betrachtungsweise.

Ich kann Ihnen versichern, wir werden auf der Basis unseres Antrages in Zusammenarbeit mit dem Justizminister sehr schnell reagieren, aber nicht hektisch, wie Sie das manchmal wollen.

Im Rahmen dieser Haushaltsberatungen sind viele Wünsche vorgetragen worden. Das gilt gerade für den Personalbereich im Justizvollzug. Diese Wünsche kann man nicht alle direkt auf Zuruf

(C)

(D)

(Robert Krumbein [SPD])

- (A) erfüllen. Sie müssen sehen, daß gerade im Bereich des Vollzuges im Haushalt 1998 allein 186 Millionen DM Barmittel für die Realisierung der neuen Justizvollzugsanstalt in Gelsenkirchen stehen. Das ist ein ganz schöner Brocken, der erst einmal verarbeitet werden muß. Ich darf Ihnen versichern, daß wir die Frage, wie wir im personellen Bereich im Vollzug weiterkommen können, zu Beginn des nächsten Jahres auf die Tagesordnung nehmen und Wege finden werden, um zu Entlastungen zu kommen.

(Vorsitz: Präsident Ulrich Schmidt)

Wir haben über einen Koalitionsantrag die Straffälligenhilfen und den Täter-Opfer-Ausgleich leicht über das Vorjahresniveau angehoben. Auch das gehört zu einem Gesamtkonzept, die Belastungssituation der Justiz zu minimieren.

In Zeiten knappen Geldes muß man im Zweifel aber auch einmal den Mut haben, etwas Neues auszuprobieren. Es ist ein Modellversuch. Wir wollen uns bemühen, diese Modellphase von drei Jahren in Ruhe abzuschließen, ohne daß die Projekte der Gefahr von Haushaltskürzungen unterliegen. Danach werden wir kritisch eine Bestandsaufnahme machen, ob sie denn die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt haben.

- (B) Ansonsten sind die Möglichkeiten, landespolitisch viel zu gestalten, nicht groß. Sie wissen - das haben Sie selber angesprochen, Frau Opladen -, die Rechtspolitik wird im wesentlichen in Bonn gemacht. Es ist ziemlich mühsam, als Landesparlament über den Bundesrat Einfluß zu nehmen. Deshalb ist das Steuerungsmittel, das wir in Düsseldorf haben, das jährliche Haushaltsgesetz. Angesichts der Haushaltslage ist das natürlich kein Gesetz, mit dem man wirklich noch sehr viel bewegen kann.

Aus meiner Sicht wird Erfolg oder Mißerfolg moderner Justizpolitik entscheidend davon abhängen, ob es uns gelingt, insgesamt einen Prozeß moderner Organisationsentwicklung in allen Bereichen der Justiz ans Laufen zu bekommen. Sucht man diesbezüglich im Landeshaushalt nach Hinweisen, so findet man zum Beispiel 150 Stellenhebungen für die weitere Einrichtung von Serviceeinheiten bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften. Man findet die den Haushalt schwer lesbar machenden Maßnahmen zur Flexibilisierung und Budgetierung bei den Gerichten. Mit 18 haben wir in diesem Jahr angefangen, 33 kommen 1998 hinzu. Die 18, die dieses Jahr die Flexibilisierung erproben konnten, gehen in die Budgetie-

rung. Aber, wie gesagt, das ist Begleitmusik. (C) Organisationsentwicklung muß nämlich, wenn sie erfolgreich sein will, von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Justiz getragen werden.

Für diesen Prozeß zu motivieren, die Sorgen und Probleme ernstzunehmen, nicht gleich den Kopf eines Schuldigen fordern, wenn einmal etwas schiefgeht, sondern aus möglichen Fehlern die richtigen Lehren zu ziehen, das ist auch Aufgabe der Politik.

Hier, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, hat sich bei mir aus den Diskussionen dieses Jahres der Eindruck verstärkt, daß Sie an einer derart offenen Diskussion doch nicht ernsthaft interessiert sind. Gelegenheiten zu Gesprächen mit Bediensteten werden von Ihnen kaum oder gar nicht wahrgenommen. Statt dessen versuchen Sie, jedes Problem sofort politisch zu instrumentalisieren. Ich halte das für sehr kurz-sichtig und bei der Problembewältigung keinen Schritt weiterhelfend.

Wir werden auch im kommenden Jahr unsere Politik des Dialogs mit allen Beteiligten fortsetzen. Der vorliegende Haushaltsentwurf ist hierfür eine Grundlage, die nicht alle Wünsche erfüllen kann, aber einer ganzen Reihe von kleinen oder größeren Schritten den Weg ebnet. (D)

Die SPD wird deshalb dem Haushalt des Justizministeriums zustimmen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Herr Kollege Krumbein.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Frau Kollegin Bainski.

Christiane Bainski (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch mit dem Einzelplan 04 ist es - so denke ich - gelungen, die Kontinuität der Arbeit zu sichern und trotz finanzieller Engpässe Innovationen weiterführen zu können. Das Investitionsprogramm Justiz 2003 zur umfassenden ADV-Ausstattung der Justiz wird fortgesetzt und schafft zusammen mit dem Organisationsentwicklungsprozeß Perspektiven, Bearbeitungszeiten zu verkürzen und auch die Effektivität der Arbeit in den Justizbehörden zu erhöhen. Die Beispiele, die wir durch Besuche des Rechtsausschusses - wie zum Beispiel beim Fi-

(Christiane Bainski [GRÜNE])

- (A) nanzgericht hier in Düsseldorf - dazu erleben konnten, sprechen - so denke ich - für sich und geben durchaus Anlaß an eine erfreulichere Perspektive zu glauben.

Durch die Entsperrung weiterer 30 Richterstellen werden seitens der Justiz die Voraussetzungen geschaffen, um pünktlich zum 1. Januar 1999 mit dem neuen Insolvenzrecht beginnen zu können. Weitere Stellenerweiterungen hat Herr Krumbein hier bereits deutlich dargestellt.

Aus unserer Sicht besonders positiv hervorheben möchte ich, daß wir mit dem Haushalt 1998 die Fortführung der Projekte des Täter-Opfer-Ausgleichs und der freien Straffälligenhilfe sicherstellen können. Es ist uns gelungen, in Nordrhein-Westfalen ein relativ dichtes Netz von Einrichtungen des Täter-Opfer-Ausgleichs aufzubauen und damit bundesweit eines der stärksten Angebote vorzuhalten.

Diese Projekte arbeiten je nach Standort und Dauer recht erfolgreich oder kämpfen auch durchaus noch um Akzeptanz. Mit diesen Projekten bieten wir ein Instrumentarium, das vor allem auch Opfern von Straftaten bessere Möglichkeiten der Vertretung ihrer Interessen gewährt. Diese Interessen bleiben in einem normalen Strafprozeß oft auf der Strecke. In einem Vermittlungsprozeß im Rahmen des Täter-Opfer-Ausgleichs ergeben sich jedoch zwei positive Aspekte: Täter müssen sich mit ihrer Tat und dem Opfer und dessen Interessen auseinandersetzen und sich zur Wiedergutmachung bereitfinden und diese auch leisten. Opfer können ihre Interessen anmelden und Wiedergutmachung erfahren.

(B)

Die elf Projekte des Täter-Opfer-Ausgleichs sind - abgesehen von der "Waage" in Köln in den letzten beiden Jahren sukzessive entstanden. Es gibt zum Teil bereits sehr gute Erfahrungen, z. B. in Münster. Aber an anderen Orten müssen die Projekte, die erst sehr kurze Zeit arbeiten, deutlich Überzeugungsarbeit leisten. Ich bin deshalb froh, daß wir ihnen auch eine Perspektive von einer Projektphase von etwa drei Jahren gewähren können, um dann durch eine konkrete Auswertung dieser Projekte ihre Akzeptanz und auch ihre Effizienz zu überprüfen, um möglicherweise auch Konsequenzen und Schlußfolgerungen für ihre weitere Arbeit zu ziehen.

Auch die Sicherung der Arbeit der freien Straffälligenhilfe und der ehrenamtlichen Arbeit in diesem Bereich halte ich für sehr wichtig. In einer Zeit, in der wir eine öffentliche Debatte über Kriminalität

haben und Sicherheitsbedenken oder Ängste in der Bevölkerung bestehen, wäre es ein fatales Zeichen, Maßnahmen, die der Begleitung und Beratung von Straffälligen in ihren Resozialisierungsbemühungen dienen, zu kürzen. Die Kontinuität dieser Arbeit ist daher auch aus unserer Sicht unverzichtbar.

(C)

Die CDU beklagt, ich denke zu Recht, die Zustände in den Justizvollzugsanstalten. Es wäre nur schön, wenn sich diese Sorge auch einmal in der intensiveren Mitarbeit der CDU in diesem Bereich, z. B. in der Vollzugskommission, ausdrücken würde.

Die Überbelegungssituation in den Justizvollzugsanstalten ist in der Tat auf Dauer so nicht akzeptabel. Ich kenne die Situation recht gut; denn ich gehe sehr regelmäßig in nordrhein-westfälische Justizvollzugsanstalten und spreche dort mit Gefangenen und mit Bediensteten in den verschiedensten Zusammenhängen. Ich halte es auch persönlich für nicht vertretbar, auf Dauer Zustände aufrecht zu erhalten, daß es praktisch in den meisten Haftanstalten keine Freizeiträume mehr gibt, weil diese in Zellen umgewidmet werden müssen, oder zum Teil - wie ich letztes in der JVA Essen im Frauenhaus gesehen habe - zehn Frauen eine Zelle mit nur einer Toilette im Raum teilen müssen.

(D)

Das sind Zustände, die ich nicht persönlich vertreten möchte. Ich halte das auch unter dem Aspekt der Menschenwürde und auch unter dem Aspekt einer sinnvollen Perspektive für Straffällige nicht für vertretbar.

Deshalb denke ich, daß es auch in der Diskussion über die Lösung dieser Probleme auch für uns GRÜNE keine Denkverbote gibt und daß wir von daher auch sehr stark unterstützen, daß gemeinsam mit dem Justizministerium auf Grundlage des Antrags, den wir im Rechtsausschuß beschlossen haben, es darum gehen muß, ein umfassendes Konzept zur Bewältigung der aktuellen Situation zu entwickeln.

Dieses Konzept sieht für uns allerdings nicht nur einfach die Frage vor, wie man die Kapazitäten dort erweitern kann, sondern es ist für uns ein Bündel von Maßnahmen. Diese beginnen bei Fragen der Haftvermeidung, setzen sich fort mit den Möglichkeiten alternativer Sanktionsformen und gehen auch an Fragen der Struktur des Strafvollzugs heran.

(Christiane Bainski [GRÜNE])

- (A) Frau Opladen, Sie haben das Problem mit der Abschiebehaft und der Ansteckung mit Tuberkulose in Neuss angesprochen. Es gibt in den Haftanstalten sehr große gesundheitliche Probleme, auch im Zusammenhang mit der Drogenproblematik, z. B. die Ausbreitung von Hepatitis. Ich denke, daß in einer Neukonzeption auch Fragen der Gesundheitsversorgung, der medizinischen Versorgung vor dem Hintergrund der aktuell anwachsenden Gesundheitsprobleme in den Haftanstalten noch einmal neu gestellt werden müssen.

Ich bin allerdings sicher, daß die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen diese Probleme auch anpacken und einer Lösung zuführen werden und daß wir ein grundlegend sinnvolles Konzept in diesem Bereich entwickeln können, worüber wir im Rechtsausschuß dann miteinander diskutieren werden.

Da wir beim Thema Haft sind, möchte ich ein Wort zur Frage des Konzepts von Therapien für Sexualstraftäter sagen; Herr Krumbein hat das auch angesprochen. Wir haben 1998 wegen der zusätzlichen 75 Stellen und der 2 Millionen DM Sachmittel die Möglichkeit, weitere Behandlungsangebote für Sexualstraftäter im Strafvollzug zur Verfügung zu stellen. Das ist für mich in zweierlei Hinsicht wichtig, zum einen weil man damit deutlich machen kann, daß Behandlungskonzepte existieren, auch wenn sie noch konkretisiert werden müssen.

- (B) Damit kann man zum zweiten einerseits dem Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger Rechnung tragen, andererseits aber auch den Menschen, die diese Delikte begangen haben, neue Perspektiven aufzeigen und damit Rückfallgefahren vermeiden. Nicht alle Delikte im Zusammenhang mit dem Sexualstrafrecht führen zu lebenslanger Haft. Die meisten Täter kommen wieder heraus, und für diese muß es Angebote geben, die verhindern, daß sie rückfällig werden. Mit den zusätzlichen Therapieangeboten in Nordrhein-Westfalen können wir auch innerhalb der Bundesrepublik erneut Beispiele schaffen, daß Innovation im Zusammenhang mit Rechtspolitik möglich ist.

Ich fasse zusammen: Es wäre sicherlich wünschenswert, wir hätten mehr Geld zur Verfügung; das haben wir aber nicht. Im Rahmen dessen, was möglich ist, haben wir den Weg gewählt, die Innovation fortzusetzen und dabei handlungsfähig und verantwortungsbewußt zu sein. Ich bin sicher, daß die Probleme, die es noch zu lösen gilt,

zum Beispiel die Konzeption für den Strafvollzug, von der Landesregierung aufgegriffen und gelöst werden. - Danke schön. (C)

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke, Frau Kollegin Bainski. - Für die Landesregierung spricht Herr Justizminister Dr. Behrens.

Dr. Fritz Behrens, Justizminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Opladen, Sie haben Ihre Ausführungen mit dem Hinweis auf die Ereignisse begonnen, die die Justiz in den letzten Wochen und Monaten ins Licht der Öffentlichkeit gerückt haben. Das ist so, das kann ich nicht bestreiten, aber ich bedauere das. Über jedes einzelne dieser Ereignisse haben wir hier im Plenum und im Ausschuß diskutiert; wir werden am Freitagmorgen in der Fragestunde noch einmal auf ein spezielles Problem zurückkommen.

Ich bedauere nicht nur diese Ereignisse, sondern ich bedauere auch, daß es offenbar so ist und kaum änderbar erscheint, daß die Justiz nur dann in das Licht der Öffentlichkeit gerät, wenn irgend etwas passiert, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, und nicht mit dem, was Justizalltag ist, nämlich gute Arbeit, die täglichen guten Taten. (D)

Das ist sehr bedauerlich; denn unsere Justiz im Lande leistet gute Arbeit - Sie haben das Ihrerseits auch bestätigt -, sie arbeitet in allen Aufgabenbereichen - in der Strafjustiz, in der Zivilgerichtsbarkeit, in der Finanz- und Verwaltungsgerichtsbarkeit, aber auch im Strafvollzug - unter einem erheblichen Belastungsdruck. Daß da auch einmal Fehler passieren können, daß da auch einmal besondere Ereignisse vorkommen können, ist wohl unvermeidlich. Dennoch gilt es, jeweils im Einzelfall den Ursachen auf den Grund zu gehen und zu fragen, woran es denn wohl gelegen haben mag.

Daß die Belastungssituation im allgemeinen Rahmenbedingungen setzt, die die Arbeit im Alltag nicht leichtmachen, wird niemand bestreiten.

Unser Haushalt 1998 bietet eine gute Grundlage, alles tun zu können, um die Effizienz und die Effektivität der Rechtspflege in Nordrhein-Westfalen zu erhalten und, wenn irgend möglich, zu verbessern. Er bietet darüber hinaus eine gute Grundlage, um das hohe Niveau, das ich gerade

(Minister Dr. Fritz Behrens)

(A) angesprochen habe, und die Unabhängigkeit der Rechtsprechung zu wahren und zu garantieren. Um diese Hauptziele der Tätigkeit der Justizverwaltung zu erreichen, ist eine umfassende Modernisierung der Arbeitsweisen der Justiz in all ihren Aufgabenbereichen unerlässlich. Diese Modernisierung oder, wie ich häufig formuliere, diese Rundenerneuerung der Justiz wird mit dem Landeshaushalt 1998 und seinen finanziellen Möglichkeiten entscheidend vorangebracht werden.

Im Landeshaushalt ist ganz eindeutig zugunsten der Justiz - ich will, weil ich niemandes Neid erwecken möchte, gar nicht sagen: zu Lasten anderer Aufgabenbereiche - ein eindeutiger Schwerpunkt gesetzt worden. Das ist, Frau Opladen, um auf Ihre Bemerkungen und Anforderungen an mich zurückzukommen, die grundsätzliche Überprüfung der Wertigkeit der Justiz im Lande Nordrhein-Westfalen.

Wenn ich alle Zahlen nach dem letzten Beratungsstand richtig addiert habe, werden die Ausgaben für die Justiz im Lande Nordrhein-Westfalen 1998 um 306 Millionen DM auf 5,1 Milliarden DM steigen. Das ist, wenn ich wieder richtig gerechnet habe, eine Steigerungsrate von 6,4 % bei einer allgemeinen Steigerungsrate des Landeshaushalts von 1 %. Das halte ich für ganz außerordentlich. Ich gestehe offen: Das habe ich zu Beginn der Haushaltsberatungen in der Landesregierung Anfang dieses Jahres so nicht erwartet. Das ist gut so, das begrüße ich sehr, dafür bedanke ich mich bei meinem Kabinettskollegen, vor allem natürlich beim Finanzminister, und ich bedanke mich bei den Mehrheitsfraktionen, die es möglich machen, zu dieser Steigerungsrate zu kommen.

Betrachtet man die Struktur unseres Haushalts 1998, ist festzustellen, daß der Ausgabenzuwachs nahezu ausschließlich auf Investitionsausgaben konzentriert ist. Dabei will ich schwerpunktmäßig auf folgendes hinweisen: Diese Investitionsausgaben der Justiz werden im Jahre 1998 von rund 181 Millionen DM 1997 um immerhin 263 Millionen DM auf nunmehr 444 Millionen DM ansteigen. Das ist, Frau Opladen, eine Steigerungsrate der Investitionsausgaben im Justizhaushalt von 146 %. Nun mögen Sie sagen: Wer tief anfängt, kann schnell hoch steigen.

(Lothar Hegemann [CDU]: Das ist richtig!)

Aber es ist immerhin ein deutlicher Beweis dafür, daß ein Umsteuern spürbar ist.

Die zusätzlichen Mittel für Investitionen verteilen sich auf zwei große Aufgabenblöcke. Das ist einerseits - und das macht natürlich viel aus - die Abrechnung des Neubaus der Justizvollzugsanstalt Gelsenkirchen-Feldmark mit knapp 200 Millionen DM.

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Justizminister, wären Sie bereit eine Frage vom Kollegen Bensmann zu beantworten?

Dr. Fritz Behrens, Justizminister: Aber klar.

Präsident Ulrich Schmidt: Bitte schön, Kollege Bensmann.

Peter Bensmann (CDU): Herr Minister, ich denke, es erfreut alle, wenn in der Justiz zusätzlich investiert wird. Meine Frage lautet: Ist dieser Bereich von der Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe zu hundert Prozent ausgenommen, oder wird auch in diesem Bereich die globale Minderausgabe erwirtschaftet?

Dr. Fritz Behrens, Justizminister: Herr Bensmann, die globale Minderausgabe wird zum Beispiel nicht im IT-Bereich erwirtschaftet.

(Peter Bensmann [CDU]: Das können Sie hier definitiv sagen?)

- Das kann ich hier definitiv sagen.

(Peter Bensmann [CDU]: Diese Steigerung kommt also 100prozentig diesem Bereich zugute?)

- Ja, sie kommt der technischen Modernisierung der Justiz 100prozentig zugute.

(Peter Bensmann [CDU]: Okay, danke!)

Das ist eben der zweite große Aufgabenblock: Es sind 124 Millionen DM, Frau Opladen, und nicht 22 oder 24 Millionen DM, wie Sie einmal in irgendeinem Antrag von seiten der CDU-Fraktion geschrieben haben. Es sind 124 Millionen DM für die IT-Ausstattung. Dies ist eine Steigerung im Vergleich zu 1997 um 80 % für unser Programm "Justiz 2003" im Rahmen unserer Investitions-offensive, für die wir insgesamt in den nächsten

(C)

(D)

(Minister Dr. Fritz Behrens)

- (A) Jahren eine halbe Milliarde DM vorgesehen haben.

Neben diesen Barmitteln stehen deshalb - Stichwort: eine halbe Milliarde DM in den nächsten Jahren - 210 Millionen DM als Verpflichtungsermächtigungen zur Verfügung, und mit diesen Mitteln, mit dieser Vollausstattung der Justiz mit moderner Informations- und Kommunikationstechnik werden wir einen entscheidenden und bundesweit vorbildlichen Beitrag zur umfassenden Modernisierung der Justiz leisten.

Die Personalausgaben hingegen - meine Damen und Herren, hören Sie zu - reduzieren sich demgegenüber um ein Prozent, und das, obwohl wir in einigen Bereichen Stellen und Stellenbesetzungsmöglichkeiten hinzubekommen. Damit wird der Personalkostenanteil der Justiz im kommenden Jahr mit 69,2 % erstmals unter der Grenze von 70 % der Gesamtausgaben liegen; im laufenden Jahr sind das immerhin noch 73 %.

Diese Struktur des Justizhaushaltes 1998 ist ein Spiegelbild unserer Bemühungen um eine grundlegende Modernisierung der Justiz. Wir setzen einen Schwerpunkt im investiven Bereich, während die Ausgaben im übrigen weitgehend konstant bleiben. Das ist, meine Damen und Herren, verehrte Frau Opladen, genau das Umdenken und das Umsteuern, das Sie hier eingefordert haben; dem trägt dieser Haushalt Rechnung.

- (B) Die Zahlen belegen eindeutig, daß von einem Investitionsstau, den Sie einmal, meine Damen und Herren von der CDU, in einem Antrag beschrieben haben, nicht die Rede sein kann. Im Gegenteil: Wir stehen jedenfalls im Bereich der Justiz vor einer Investitionsgrößenoffensive ab 1998, wie sie die Justiz in diesem Lande noch nie erlebt hat, seitdem es sie gibt. Das wird ein gewaltiger Brocken sein, und eine solche Aufgabe, verehrte Frau Opladen, können Sie nicht von heute auf morgen erledigen. Sie brauchen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mitgehen. Computer zu kaufen ist einfach, aber sie ans Laufen zu bringen und die Software zu entwickeln, die sie nirgendwo auf dem Markt kaufen können, sind die entscheidenden Aufgaben. Es kommt auch darauf an, die Mitarbeiter rechtzeitig zu schulen, um sie bei dieser Erneuerungsaufgabe motiviert zu halten. Dafür nehmen wir uns ausreichend Zeit - wohlwissend, daß wir nicht endlos Zeit für solche Aufgaben haben.

Natürlich muß die umfassende Erneuerung der Arbeitsabläufe hinzukommen, und zwar nicht nur

technisch, sondern auch in anderer Hinsicht in der Justiz; auch damit haben wir begonnen. So werden wir in der Justiz mit großen Schritten neue Steuerungsmodelle im haushaltswirtschaftlichen Bereich einführen. Dezentrale Ressourcenverantwortung und Budgetierung sind keine Fremdworte mehr in unseren Dienstbesprechungen. Hier holt die Justiz mit Macht auf.

Ich möchte an dieser Stelle einmal meinen Eindruck schildern, der dahin geht, daß, wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Justiz erst einmal erkannt haben, daß eine Aufgabe vor ihnen steht, daß es keine Alternative gibt und daß sie sie zu bewältigen haben, sie dann diese Chance beim Schopf ergreifen und sich engagieren. Dann wundert man sich manchmal, mit welchem Engagement an dieser Sache gearbeitet wird und wie Fortschritte erzielt werden.

Ich bin sehr zuversichtlich, meine Damen und Herren, daß wir diese große Aufgabe leisten werden und daß die gesteckten, sehr ehrgeizigen Zeitziele erreichbar sind - nicht nur wegen des Geldes, sondern auch wegen des Willens und des Wollens der Mitarbeiter und der Motivation, die dahinter steckt.

Natürlich bestreite ich nicht, daß es jenseits dieser Bestrebung eine hohe Belastung gibt. Dieser hohen Belastung in allen Aufgabenbereichen werden wir nur mit einer Modernisierung unserer Arbeitsweisen und mit veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen begegnen können. Ich habe hier schon oft einiges dazu gesagt, was in Bonn nach meiner Auffassung zu tun wäre und wofür es an ausreichenden Mehrheiten oft genug fehlt und an dem Willen, etwas politisch durchzusetzen und einen politischen Konflikt mit Interessengruppen zu wagen. Daran mangelt es sehr; das klage ich immer wieder ein.

Das ist der andere Teil dessen, was ich Doppelstrategie nenne: Veränderung der rechtlichen Rahmenbedingungen einerseits, Veränderungen der Arbeitsweise und der Arbeitsbedingungen innerhalb der Justiz - Binnenmodernisierung - andererseits. Diese Schritte müssen gegangen werden, und, meine Damen und Herren, dann werden wir auch die unbestreitbar vorhandenen Engpässe in absehbarer Zeit überwunden haben.

Hinzu wird kommen - das werden wir im Fachausschuß intensiv beraten -, daß wir im Strafvollzug, der tatsächlich mit dem Rücken zur Wand steht, recht schnell zur Weiterentwicklung unserer Konzeptionen kommen müssen. Wir haben

(C)

(D)

(Minister Dr. Fritz Behrens)

- (A) erste Gedanken und Ideen entwickelt, und wir werden sie dem Ausschuß vortragen. Diese werden wir notfalls auch dem Plenum vortragen, denn am Ende wird es auch immer wieder um Geld gehen, und dann werden wir uns spätestens in weiteren Haushaltsberatungen mit dieser Frage auseinanderzusetzen haben.

Dieser Haushalt bietet die Schwerpunkte, die Sie einfordern, nämlich Runderneuerung der Justiz. Ich meine, damit bliebe das Schiff auch in schwerer See auf Kurs, wenngleich ich zugebe, daß sich dieser Kurs, meine Damen und Herren, auch in Richtung auf eine moderne Dienstleistungseinrichtung Justiz ändert. Ich glaube sagen zu dürfen, daß dies von allen hier im Landtag vertretenen Fraktionen unbedingt gewollt ist. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Herzlichen Dank, Herr Minister Dr. Behrens. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich **schließe** deshalb die **Beratung** zum Einzelplan 04.

- (B) Wir **stimmen** entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/2604 ab**. Wer dieser Beschlußempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Koalitionsfraktionen. Wer **stimmt** dagegen? - CDU-Fraktion. Gibt es **Stimmenthaltungen**? - Das ist nicht der **Fall**. Damit ist der Einzelplan 04 entsprechend der Beschlußempfehlung mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **angenommen**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 11: Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/2611. Ich **eröffne** die **Beratung** und erteile Frau Kollegin van Dinther für die Fraktion der CDU das Wort.

Regina van Dinther (CDU)*: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei der Vorstellung des Haushalts des Gleichstellungsministeriums im Frauenausschuß habe ich für die CDU begrüßt, daß wir einen ehrlichen Haushaltsplan vorgelegt

(C) bekamen, in dem der Fachausschuß sehr wohl erkennen konnte, welche Einzelpositionen eingeplant sind, an welchen Titeln gespart und bei welchen Titeln draufgesattelt werden sollte. Nach der Abschlußberatung und der Vorlage des Ergänzungsbandes sind wir jedoch wieder genauso schlau wie vorher: Die globale Minderausgabe in Höhe von 2,3 Millionen DM kann nun dort eingespart werden, wo das Ministerium das will. Wir Abgeordneten sind - wie im letzten Jahr - nicht beteiligt und nicht gefragt.

Doch dann kamen noch die neuen Anträge auf den Tisch. Durch die Koalition wurden mehr Mittel veranschlagt, als über die globale Minderausgabe eingespart werden muß. Meine Damen und Herren, die Kritik an diesen neuen Anträgen bezieht sich nicht in erster Linie auf die Aufgabenstellung, die sich das Land damit vorgeknöpft hat und bei der es in erster Linie rund um das Thema "Sexuelle Gewalt gegen Mädchen und Frauen" geht. Dazu haben wir in dieser Legislaturperiode schon das Unsere gesagt. Auch wir sind der Meinung, daß das Land gerade in dieser Beziehung ein Konzept vorlegen soll und auch eine finanzielle Beteiligung des Landes insbesondere zur Unterstützung der vielen örtlichen Initiativen, die sich der Arbeit gegen den Mißbrauch an Kindern gewidmet haben, einzufordern ist. (D)

Doch das, was uns mit den Anträgen der Koalition bevorsteht, ist folgendes: Über das Frauenministerium werden ausschließlich autonome Frauengruppen gefördert, die sich um die sexuell mißhandelten Mädchen oder Frauen kümmern sollen. Unser Antrag im Frauenausschuß, das Geld einer pluralen Trägerlandschaft zur Verfügung zu stellen, wurde abgelehnt.

Meine Damen und Herren, eines wird daran deutlich: Der große Partner SPD, der - ebenso wie wir - früher einmal für Pluralität in diesem Land einstand, die für uns einen sehr, sehr hohen Gut ist, macht einen Rückzieher. Wir alle wissen doch, daß die klassischen Trägerverbände wie etwa die Diakonie, die Caritas und die Arbeiterwohlfahrt in diesem Lande viele soziale Aufgaben übernommen haben und wir ohne deren Mitwirkung sehr viel mehr Mittel in den Landeshaushalt einstellen müßten. Alle diese Gruppen sollen also nicht mehr berücksichtigt werden, sondern das neue Geld schiebt man ausschließlich in die eine Richtung, nämlich in die der autonomen Frauengruppen. Ich möchte aber nicht falsch verstanden werden: Für die CDU gehören diese autonomen